



Stadt Halle (Saale)

22.01.2018

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2018:

zu 5.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) –
Prioritätensetzung 2018 und 2019
Vorlage: VI/2017/03401

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderung**

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verteilung der zur Verfügung gestellten Fördersummen unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2018 und 2019 für die einzelnen Schwerpunkte/Sparten gemäß:

Anlage A - Änderungsblatt.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Maßnahmen gemäß Prioritätensetzung unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2018 und 2019 in folgenden Teilbereichen:

Teilbereich I:	Sparten A, B	im Sozialraum I (SR I)
Teilbereich II:	Sparten A, B	im Sozialraum II (SR II)
Teilbereich III:	Sparten A, B, C	im Sozialraum III (SR III)
Teilbereich IV:	Sparten A, B, C	im Sozialraum IV (SR IV)
Teilbereich V:	Sparten A, A/B, C	im Sozialraum V (SR V)
Teilbereich VI:	Sparten A, B, C, D	für die Sozialraum übergreifend stattfindenden Maßnahmen (SRÜ)



gemäß den Anlagen SR I - Änderungsblatt bis SRÜ.- Änderungsblatt

3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt Anträge für Maßnahmen der Schulsozialarbeit für den Zeitraum bzw. Teilzeitraum ab 01.08.2018 für eine spätere Entscheidung zurückzustellen.
4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2020 abzulehnen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.01.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2018:

zu 5.2 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i. d. F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR
Vorlage: VI/2017/03604

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Förderung der Maßnahme: „Menschen in Trauer und Trennung begleiten“; Antragsteller: CVJM Familienarbeit Mitteldeutschland e.V.; Zeitraum: 01.01. - 31.12.2018 ab.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.01.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2018:

zu 6.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A**
Vorlage: VI/2017/03636

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Anspruchsberechtigten der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag sind ab 01.03.2018 berechtigt, den Antrag auf Ausstellung eines Halle-Passes (A) zu stellen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.01.2018

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2018:

- zu 6.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung**
Vorlage: VI/2017/03646
-

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Beratungsangebotes für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung durch die Stadt Halle selbst oder durch freie Träger zu prüfen.

Dabei soll geprüft werden, in wie weit sich ein neues Beratungsangebot von den bestehenden abgrenzen kann, diese sinnvoll ergänzen kann oder die bestehenden Angebote effektiver ausgestaltet werden sollten. Die Kosten und Zuständigkeiten sind ebenfalls zu prüfen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.01.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2018:

- zu 6.2.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung (VI/2017/03646)
Vorlage: VI/2018/03708**
-

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Beratungsangebotes für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung durch die Stadt Halle selbst oder durch freie Träger zu prüfen.

Dabei soll geprüft werden, in wie weit sich ein neues Beratungsangebot von den bestehenden abgrenzen kann, diese sinnvoll ergänzen kann oder die bestehenden Angebote effektiver ausgestaltet werden sollten. Die Kosten und Zuständigkeiten sind ebenfalls zu prüfen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer